

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02221) 21 90 38/39  
Telex: 08 66 846 pbbn d



## Inhalt

34. Jahrgang / 187

28. September 1979

Hans Koschnick, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Bremer Bürgermeister, setzt sich in der Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit der Bürokratie für einen dritten Weg zwischen Versorgungsmentalität und Privatisierung sozialer Leistungen ein.

Seite 1/2

Lothar Schwartz, Sprecher des SPD-Vorstandes, sieht in einem Umfrageergebnis des Wickert-Instituts wenig Zuverlässiges: Rätselhafte Demoskopien.

Seite 3

Wilhelm Nölling, Hamburgs Finanzsenator, lehnt die CDU/CSU-Steuersenkungsvorschläge ab: Unionsländer zwischen Hü und Hott.

Seite 4/5

Brigitte Erler MdB kritisiert die Politik des Internationalen Währungsfonds als imperialistisch und sozial: Stoppt die Chicago-Jungs des IWF.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 812-1

## Bürokratie und Sozialdemokratie

Dritter Weg zwischen Versorgungsmentalität und Privatisierung sozialer Dienstleistungen

Von Hans Koschnick

Stellvertretender Vorsitzender der SPD, Bürgermeister und Senatspräsident der Freien Hansestadt Bremen

In jüngster Zeit sind Bürokratien und Verwaltungen ins Gerede gekommen. Mit Recht. Denn nirgends gibt es so viele Ungereimtheiten wie in Teilen unserer öffentlichen Verwaltung. Jemand hat neulich ausgerechnet, daß inzwischen 90.000 Paragraphen über unser Leben befinden. Dagegen regt sich Widerspruch. In gleichem Maße, wie der Bürger mündig wird, ist auch die Kritik an den bürokratischen Verkrustungen der Verwaltungen gewachsen.

Die Sozialdemokraten sind gerüstet, die Diskussion um die Überbürokratisierung der Verwaltung durch Verbesserungsvorschläge zu bereichern. Ausdruck dafür wird ein bundesweites Forum am 25. und 26. Oktober in Köln zum Thema "Bürger und Verwaltung" sein. Wir werden mit Vertretern aus der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Kirchen, unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen sowie Experten aus Verwaltungsbehörden aus Bund, Ländern und Gemeinden die Probleme in aller Offenheit angehen.

Die bisher geführte Diskussion über Bürokratie leidet in bestimmten Kreisen vielfach an einer thematischen Engführung und an der Wahl fragwürdiger Lösungsvorschläge und Alternativen. Letzteres werfe ich insbesondere den Unionsparteien vor, die im vergangenen Jahr mit einem Bürokratie-Kongreß die öffentliche Meinung vorzuprägen versuchten. Das Kennzeichen an der CDU/CSU-Position ist bis heute, daß eine berechtigte Kritik an der Bürokratie dazu mißbraucht wird, die Zustimmung dafür zu schaffen, sozialstaatliche Aufgaben aus



dem öffentlichen Verantwortungsbereich in den privatwirtschaftlichen Unternehmensbereich zu verlagern.

Auf den ersten Blick hat das mit dem Thema bürgernahe Verwaltung wenig zu tun. Bei näherem Hinsehen jedoch zeigt sich, daß die Überanstrengung des Staates als Folge öffentlicher Leistungsanhäufung auch zu gigantischen, zentralisierten Verwaltungen geführt hat. Ihre Existenz ist dem Bürger ein Horror.

Wir werden versuchen, in den nächsten Jahren einen dritten Weg zwischen dem Trend zu einer bürokratischen Versorgungsmentalität mit Verwaltungsgiganten einerseits und der Verlagerung sozialer Dienstleistungen in privatwirtschaftliche Trägerschaft andererseits aufzuzeigen. Es wird in Köln also nicht nur um die Verbesserung unserer Verwaltungspraxis hin zu mehr Bürgernähe gehen. Es wird bei einem Teil der Diskussionen auch um die Perspektivensuche für eine sozialdemokratische Position zur Reform des öffentlichen Dienstes gehen. Dabei wird die Suche nach geeigneten Formen der Selbstverwaltung öffentlicher Aufgaben eine große Rolle spielen.

Ich bin mir darüber im Klaren, daß wir in dieser Diskussion nur glaubwürdig wirken, wenn wir uns in unseren Reihen selbstkritisch fragen, ob wir nicht sozialdemokratische Überzeugungen im Laufe der Jahre durch ein Zuviel an Verwaltung haben verblässen lassen. Wie ernst nehmen wir noch die Überzeugung der frühen sozialdemokratischen Bewegung, wo von "Grundsätzen der Selbsthilfe und Selbstverwaltung" ausgegangen wurde? Hat sich bei Teilen der Mandats- und Funktionsträger so etwas ähnliches wie ein sozialdemokratischer Etatismus verfestigt? Lassen wir uns nicht zu früh durch die unscharfe Wortschöpfung "Bürgerfreundlichkeit" vom Nachdenken über die Notwendigkeit verstärkter Mitwirkung des Bürgers bei der Gestaltung seines Lebens abhalten?

Das alles sind Fragen, die nicht unter den Teppich gekehrt werden dürfen, wenn wir Ansätze zur bürokratischen Versorgungsmentalität von innen heraus austrocknen wollen. In der Bürokratiendiskussion wird von Seiten der CDU/CSU weithin mit der bössartigen Gleichsetzung gearbeitet: Bürokratie = Sozialdemokratie. Man kritisiert die Überbürokratisierung der Verwaltung und meint sozialdemokratische Sozialpolitik. Eine der Aufgaben des Kölner Forums "Bürger und Verwaltung" wird deshalb sein, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß benachteiligte Bevölkerungsgruppen, für die Reformpolitik und Bürokratie Schutzfunktionen wahrnehmen, vor Plänen der Unionsparteien - zum Teil auch von der FDP - bestimmte öffentliche Leistungen zurückzunehmen, in Schutz genommen werden müssen.

Der Lösungsvorschlag der Unionsparteien, privatwirtschaftliche Träger an die Stelle von staatlichen Dienstleistungsunternehmen zu setzen, wäre gleichbedeutend, Satan mit Beelzebub austreiben zu wollen. Weder in einem perfektionistischen Wohlfahrtsstaat noch bei einem privatwirtschaftlich ausgezogenen Leistungsangebot würde der Bürger mehr Chancen zur Mitbestimmung, Selbstverwaltung und Selbsthilfe bekommen. Es würde lediglich staatliche Betreuung durch ökonomisch orientierte ersetzt.

Ich wünsche mir, daß wir in der Diskussion um das Thema Bürger und Verwaltung nicht vergessen, was von Sozialdemokraten früher einmal zu diesem Thema gesagt wurde, zum Beispiel in einem Parteitagsbeschuß der SPD aus dem Jahre 1946 in Hannover. Dort hieß es unter anderem: "Auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungspolitik erstrebt die Sozialdemokratie die Demokratie, die getragen ist von der Mitbestimmung und Mitverantwortung aller Bürger. Sie will eine Republik mit weitgehender Dezentralisierung und Selbstverwaltung."  
(-/28.9.1979/ks/ca)



### Rätselhafte Demoskopien

---

Das Wickert-Institut wieder schnell aber wenig zuverlässig

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Qualität der demoskopischen Produktion der Tübinger Wickert-Institute steht anscheinend im umgekehrten Verhältnis zur Quantität. Ein erneutes Indiz dafür lieferten die zwar auf Schnelligkeit, aber weniger auf Zuverlässigkeit programmierten Tübinger Meinungsforscher jetzt mit einer Erhebung über die Bekanntheitsgrade der Länderchefs. In der daraus resultierenden Skala erscheint der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, mit 57 von 100 Punkten. Demgegenüber hat die von einem namhaften Institut der Demoskopie-Branche im Mai/Juni 1979 durchgeführte Repräsentativ-Umfrage für den gleichen Ministerpräsidenten Rau einen Bekanntheitsgrad von 87 Prozent ergeben.

Da es aufgrund der allgemeinpolitischen und landespolitischen Entwicklung wie auch in Anbetracht der Amtsführung und Bürgernähe des NRW-Ministerpräsidenten auszuschließen ist, daß seine Popularität einen einschneidenden Knick bekommen, sondern eher eine weitere Aufwärtsentwicklung genommen hat, bleibt die bei 30 Prozent liegende Differenz ein demoskopisches Rätsel und das vorläufige Geheimnis der Firma Wickert-Institute.

Oder sollte die Erklärung für diesen wundersamen demoskopischen Vorgang gar in der Tatsache zu suchen sein, daß in dem von Johannes Rau regierten Bundesland am nächsten Sonntag Kommunalwahlen stattfinden?

Bei Wickerts ist jedenfalls vieles möglich: So war am 23. Februar 1976 im Informationsangebot der dpa, das zahlreichen Beziehern des Dienstes im In- und Ausland zugegangen war, folgender Text zu lesen: "Wickert-Institute: Zwei Drittel aller Wähler gegen das Polen-Abkommen". Unter dieser Überschrift hieß es weiter: "Zwei Drittel aller Wahlberechtigten, genau 67 Prozent, sind gegen das Polen-Abkommen. Dies ergab eine auf eigener Grundlagenforschung aufgebaute Repräsentativ-Befragung der Wickert-Institute (Tübingen/Illereichen) in den vergangenen neun Tagen. Wie das Institut mitteilte, sprachen sich 29 Prozent für die Verträge aus. Vier Prozent hatten keine Meinung". Am 2. März 1976 lief über das gleiche dpa-Fernschreibnetz dann die folgende Nachricht: "Allensbach-Umfrage: Mehrheit für Verträge". Und dann folgender Tenor: "Knapp die Hälfte (46 Prozent) der Bundesbürger wünscht, daß die Polen-Verträge, so wie sie sind, den Bundesrat passieren, 32 Prozent sind für die Ablehnung in der Länderkammer und 22 Prozent sind unentschieden."

Die von mir damals in diesem Pressedienst erbetene Aufklärung einer solchen auch bei Berücksichtigung aller Unsicherheitsfaktoren und Fehlerquoten in der Demoskopie unerklärlichen Diskrepanz sind die Wickert-Institute bis heute schuldig geblieben.

(-/28.9.1979/vs-he/ca)

+ + +



### Unionsländer zwischen Hü und Hott

---

Steuersenkungsvorschläge haben kaum noch etwas mit verantwortungsbewußtem  
Umgang mit Staatsfinanzen zu tun

Von Dr. Wilhelm Nölling

Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Der von den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein vorgelegte Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 1980 trägt auf der Stirn geschrieben, daß die CDU/CSU sich schon im Wahlkampf befindet. In die Wahllandschaft 1980 paßt diese Maßnahme meines Erachtens aber nicht, weil sich die Wähler durch ein paar Mark Steuerentlastung nicht kaufen lassen. Zudem: In die Konjunkturlandschaft wird er nach gegenwärtigen Erkenntnissen nicht passen, weil die Maßnahme nachfrage- und preistreibend wirkt; in die Haushaltslandschaft paßt der Gesetzentwurf erst recht nicht, weil er die Sanierung aller öffentlichen Haushalte kaputtmacht. Ich verweise hierzu auch auf den Septemberbericht der Deutschen Bundesbank.

Vor etwas mehr als vier Monaten hat Bayerns Finanzminister Streibl im Bundesrat leidenschaftlich - wenn auch Gott sei Dank vergeblich - um die Rücknahme der schon beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung gekämpft. Niemand hat damals bestritten, daß eine Mehrwertsteuererhöhung gewisse preissteigernde Wirkungen haben würde. Zum jetzigen Zeitpunkt aber Maßnahmen in Gang zu setzen, die mit Sicherheit preistreibend wirken werden, bringt die Antragsteller jedoch auch in Bezug auf die Glaubwürdigkeit Ihrer Begründung vom Sommer dieses Jahres ins Zwielficht: Es wird eine Maßnahme vorgeschlagen, die genau die Wirkungen erreichen würde, die vor kurzem ausdrücklich noch vermieden werden sollten.

Das Argument, Steuersenkungen würden sich mäßigend auf die nächste Lohnrunde auswirken, sollte endlich außer Dienst gestellt werden: Es kann nicht Aufgabe der Finanzpolitik sein, die Daten für den Lohnfindungsprozeß zu ändern. Vertrauen in die Einsicht der Tarifparteien ist besser.

Für ausgesprochen problematisch halte ich es, daß mit Verzicht auf Steuereinnahmen in Höhe von 6,5 Milliarden DM für 1980 alle Bemühungen zunichte gemacht werden, die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren und für die Zukunft wieder bewegungsfähig



zu machen. Von den Milliarden geschenken, die CDU und CSU zur Zeit sonst noch versprechen, ganz zu schweigen. Den Antragstellern kann der Widerspruch doch nicht verborgen bleiben, der zwischen den Empfehlungen zum Nachtragshaushalt des Bundes und ihrem Gesetzentwurf besteht. Wer für eine Herabsetzung der Neuverschuldung eintritt, kann meines Erachtens nicht im selben Atemzug weitere Steuersenkungen vorschlagen und erwarten, auch noch ernst genommen zu werden. Für mich ist nicht zweifelhaft, daß wir einen größeren, glaubwürdigeren Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Stabilität leisten, wenn wir das Geld, das in die öffentlichen Haushalte fließt, einmal beisammenhalten, um vor allem dann handeln zu können, wenn konjunkturelle Schwierigkeiten dies erfordern.

Die Forderung, den Schuldenabbau durch eine Kürzung der Ausgaben oder wesentliche Verringerung der Ausgabenzuwächse zu erreichen, ist - wie jedermann weiß - unrealistisch. Selbst im konjunkturellen Aufschwung nimmt der größte Teil der öffentlichen Ausgaben fast automatisch zu. So hat Schleswig-Holsteins Finanzminister Titzck erst kürzlich mit Recht von der Versteinerung des Haushalts gesprochen. Nichts desto weniger beschert er sich aber mit diesem Gesetzesantrag Mindereinnahmen in den nächsten zwei Jahren von etwa 400 Millionen DM. Welch eine passende Antwort auf unsere Probleme.

Zu befürchten ist auch, daß steuerliche Maßnahmen, zum wirtschaftlich unpassenden Zeitpunkt in Gang gesetzt, wahrscheinlich weitere Restriktionsmaßnahmen durch die Geldpolitik auslösen. Diese könnten die positive wirtschaftliche Entwicklung zum Stillstand, wenn nicht zum Umkippen bringen. Wer könnte daran interessiert sein?

Natürlich bin ich nicht grundsätzlich gegen Steuersenkungen. Ich halte auch eine Korrektur des progressiven Einkommensteuertarifs hin und wieder für erforderlich. Für das nächste Jahr ist dies aber aus konjunkturellen Gründen nicht angebracht; von unerträglicher Lohnsteuerbelastung zu sprechen, ist also unangebracht. Mit 15,5 Prozent wird die Lohnsteuerquote im nächsten Jahr niedriger als im Jahre 1977 sein.

Es zeichnet Konservative ja im allgemeinen aus, daß sie gegen zu viele und zu schnelle Veränderungen sind. Was ich jedoch schon seit Monaten an Veränderungslust - oder sollte ich besser sagen - Veränderungswut auf dem Sektor Steuerpolitik bei Herrn Strauß und nicht zuletzt Herrn Späth zeigt, hat für mein Verständnis mit verantwortungsbewußtem Umgang mit den Staatsfinanzen kaum noch etwas zu tun. (-/28.9.1979/ks/ca)

+ + +



**Stoppt die Chikago-Boys des IWS!**  
-----

Gegen die imperialistische und asoziale Politik des Internationalen Währungsfonds

Von Brigitte Erler MdB

Stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat sich in den letzten Jahren zu einer Weltmacht ersten Ranges ausgewachsen. Er bestimmt über das Wohl und Wehe von Regierungen und legt bis ins letzte Detail nicht nur fest, wie deren Wirtschaftspolitik, sondern auch wie deren Sozialpolitik auszusehen hat.

Das alles geschieht nicht etwa nach demokratischen Beschlüssen, sondern nach der Theorie des durch seine Chile-Aktivitäten berühmt-berüchtigten Professors Milton Friedman, dem inzwischen die Menschen in einer ganzen Reihe von Entwicklungsländern den Hungertod, ausländische Investoren aber ein militärisch abgesichertes gutes Investitionsklima zu verdanken haben.

Unbeeindruckt von den individuellen Gegebenheiten eines Landes, unbeeindruckt aber auch von dem bisher durchweg in den Entwicklungsländern zu verzeichnenden Versagen selbst bezüglich der eigenen Ziele - ein IWF-Kredit muß dem anderen folgen -, gehen die dynamischen jungen Männer des IWF bei ihrer Kreditgewährung immer nach dem gleichen Mißerfolgsrezept vor: einer rein monetaristischen Stabilitätspolitik:

- Subventionen für Nahrungsmittel müssen gestrichen werden, was zum Beispiel in Ägypten zu Aufstand und Toten führte. Die Kinder in Peru, denen die Milch weggenommen werden mußte, haben sich nicht gewehrt und hungern auf Befehl des IWF.
- Erhöhung der indirekten Steuern statt progressiver direkter Steuern, die in einigen Ländern völlig unbekannt sind. Dadurch schöpft der IWF Massenkaufkraft ab, das heißt er vergrößert die Armut der Armen.
- Einfrieren schon zugesagter Lohnerhöhungen, Heraufsetzen von Sozialbeiträgen der Arbeiter, was ebenfalls Massenkaufkraft vermindert.
- Undifferenzierte Importeinschränkungen, das heißt, auch der Import lebenswichtiger Reparatur- oder Investitionsgüter muß gestoppt oder stark beschränkt werden.
- Beschränkung des internen Kapitalmarkts, was die nationalen Unternehmen kaputtmacht und die Wirtschaft den internationalen Konzernen, die sich international mit Kapital versorgen können, ausliefert.



- Ausrichtung der Volkswirtschaften auf den Export, Zahlungsbilanzen auszugleichen mit der Folge, daß nicht mehr für den einheimischen Markt produziert wird und dort Elend entsteht, in den Entwicklungsländern die Märkte aber unnötig von Entwicklungsländern bedrängt werden.

Warum nun setzen sich immer mehr Entwicklungsländer solchen wahnwitzigen Pressionen des IWF aus? Das tut man nur, wenn man alle kommerziellen Kreditmöglichkeiten mit bis zu 18 Prozent Wucherzinsen ausgeschöpft hat und bedingt durch zu hohe Ausgaben und/oder Sturz von Weltmarktpreisen nicht mehr aus noch ein weiß. Dann bleibt einem Land nichts anderes mehr als die Unterwerfung unter die Imperialisten des IWF, denn dieser gibt selbst zwar nicht viel Geld, aber er ist neuerdings der Vorreiter für alle kommerziellen Kreditgeber.

Selbstverständlich geht es nicht darum, dem IWF zu empfehlen, auf Konditionen zu verzichten. Verbrecherischen Diktatoren wie Mobutu oder Somoza soll der IWF nicht die Schweizer Konten auffüllen. Aber es geht darum, welche Konditionen aufgrund welcher Wirtschaftsphilosophie gestellt werden.

Zum Beispiel könnte das Ziel der IWF-Politik in Übereinstimmung mit Entwicklungspolitik gebracht werden anstelle des genauen Gegenteils. Als Auflagen etwa käme in Frage:

- Statt einer Ausrichtung der nationalen Wirtschaften auf den Export lieber Schaffung von Massenkaukraft und Produktion für den einheimischen Markt.
- Progressive direkte Besteuerung etwa von Großgrundbesitzern.
- Beschränkung der Importe von Rüstungs- und Luxusgütern statt von Investitionsgütern.
- Kontrolle der Regierungsverschuldungen an private Banken, zum Beispiel Koppelung eines oberen Limits an die Produktivkraft im Lande.

Der IWF hat im Mai dieses Jahres den US-amerikanischen Widerspruch gegen einen Kredit an Somoza mit dem Argument abgewehrt, er wolle sich nicht politisieren lassen. Als ob die bisherige Konditionen-Praxis des IWF mit ihren Folgen des jeweiligen nationalen Ausverkaufs und Massenarmut keine Politik wäre! Die Bundesregierung ist aufgefordert, als einer der "big five" diesem Treiben ein Ende zu machen. Sonst können wir alle Entwicklungspolitik gleich vergessen und offen sagen, daß wir die Massenarmut in der Dritten Welt nicht beseitigen, sondern fördern wollen.

(-/28.9.1979/bgy/oa)

Verantwortlich: Willi Carl

